

## Umgehungsstraße Freigericht/Hasselroth, Planfeststellungsverfahren 2012, Einwendungsgründe zur Eingabe bei der Planungsbehörde

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN FREIGERICHT möchten Sie darauf hinweisen, dass die auf dieser Homepage zur Verfügung gestellten Materialien zur Umgehungsstraße Freigericht-Hasselroth – insbesondere das „Musterschreiben Einwendung“ sowie die „Bedienungsanleitung Einwendung“ – nicht rechtlich abgesichert sind. Sie bieten keine Gewähr auf formale Richtigkeit und Vollständigkeit Ihrer Einwendungen. Wollen Sie gewährleisten, dass Ihre Einwendungen einer juristischen Prüfung standhalten, so ist eine Überprüfung durch einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin Ihrer Wahl notwendig.

Die folgenden Argumente führen wir gegen die Umgehungsstraße an.

- Dieses Megaprojekt, dessen Planung vor 30 Jahren begonnen wurde, passt absolut nicht mehr in die heutige Zeit. Damals hatten wir Freigerichter noch steigende Bevölkerungszahlen und mehr und lautere Fahrzeuge vor Augen. Heute erwarten wir für die Zukunft einen Rückgang der Bevölkerung (der schon begonnen hat) und leisere Fahrzeuge.
- Die Kosten laufen aus dem Ruder. (Schätzung 2006: 12 Mio.\*\*; 2010: 16,7 Mio.\*) Es sollen nahezu 20 MillionenEuro (auch unser aller Steuergelder!) verbaut werden, um Freigericht grob in 2 Teile zu zerschneiden.
- Verkehrslärm wird bestenfalls aus Ein- und Ausfallstraßen in die Randgebiete verlagert. Zusätzlicher Verkehr wird angezogen (das zeigt sich immer wieder bei Straßenbauten).
- Auf einigen starkbelasteten Straßen, z.B. in Neuenhaßlau, wird die Belastung eher noch zunehmen.
- Ich wohne / wir wohnen in Horbach / Neuses / Bernbach und fürchte/n, dass durch die Sogwirkung, die von neuen Straßen im Allgemeinen ausgeht, zusätzlicher Verkehr in meinem Ortsteil entsteht.
- Ich wohne / wir wohnen am Ortsrand von Altenmittlau / Somborn, und zwar in der .....straße, und befürchte/n deshalb eine steigende Lärm- und Abgasbelastung in diesem Gebiet, da die Umgehungsstraße hier relativ nah vorbeiführt. Durch die leicht erhöhte Bauweise der Trasse wird sich dieser Effekt nach meiner Einschätzung noch verstärken.
- Ich nutze / wir nutzen die Feldwege / die Radwege im betroffenen Gebiet für Spaziergänge / Radtouren (mit den Kindern) / zum Rollschuhfahren etc. und fürchte dass dies nach dem Bau der Umgehungsstraße nicht mehr möglich sein wird. Dies schränkt mich in meinen Grundrechten unangemessen ein.
- Auch Bernbach, Horbach und Neuses werden entsprechend der Verkehrsplanungen bis zu 17%\* stärker belastet. Diese Ortsteile haben also überhaupt nichts von der Umgehungsstraße. Der Innenbereich von Somborn wird zwar deutlich entlastet, zusammen mit dem Verkehr auf der Umgehungsstraße wächst die Gesamtbelastung aber um 45%\*.
- Die angestrebte Entlastung der Autobahnanschlussstelle Langenselbold wird ebenfalls nicht erzielt. Nach den aktuellen Planungen wird diese Anschlussstelle nur um 2,5%\* entlastet.
- Als Ausgleichsmaßnahme ist der Rückbau der heutigen Verbindung zwischen Horbach und Neuses zwingend vorgesehen\*. Hiergegen gibt es bereits Widerstand aus der Bevölkerung.

- Enorme Flächen werden der Landwirtschaft und der Naherholung entzogen (alleine 30,8 ha\* ohne jegliche Ausgleichmaßnahmen).
- Da die Trasse leicht erhöht errichtet wird empfinde ich die Teilungswirkung durch die Umgehungsstraße auch optisch für Freigericht als erheblichen Eingriff. Das ist für mich ein regelrechter „Trennstich“ mitten durch die Gemeinde.
- Freigericht wird in zwei Teile zerschnitten, auch acht\* Fuß- und Radwege sind davon betroffen.
- Die Straße führt für Berufspendler, die nach Frankfurt fahren, zuerst weg vom Ziel und endet an einem Bahnhof in Niedermittlau mit schlechten Verbindungen – statt am stärker frequentierten Bahnhof in Langenselbold - bzw. an einer Autobahnanschlussstelle, die in einen potentiell hochgradig staugefährdeten Autobahn-Abschnitt mündet.
- Von einer adäquaten und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zugeschnittenen Planung kann 30 Jahre nach Planungsbeginn keine Rede mehr sein.
- Die Rahmenbedingungen werden sich, wenn in 5 - 15 Jahren die Straße gebaut wird, voraussichtlich nochmals eklatant verändert haben. Es wird mehr Heim-Arbeitsplätze geben, aber auch mehr Elektrofahrzeuge.
- Die Bevölkerung altert und die älteren Mitbürger werden zunehmend auf öffentlichen Nahverkehr umsteigen (müssen). Die Kommunen sollten dem Rechnung tragen und den ÖPNV ausbauen, was zu einer weiteren Entlastung der Durchgangsstraßen führen wird.

\* alle angegebenen Daten wurden abgeleitet aus dem Informationsmaterial der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung, die Mitte 2010 an die Gemeinden versendet wurden.

\*\* entsprechend Rückantwort auf eine Anfrage beim Hessischem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr